STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FD 6/10 / Fachdienst 6/10 - Planung und Liegenschaften

Sitzungsvorlage

Datum: 26.07.2013

Drucksache Nr.: **13/0210**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss	24.09.2013	öffentlich / Vorberatung
Rat	16.10.2013	öffentlich / Entscheidung

Betreff

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr.: 418 'Burgstraße' in der Gemarkung Niedermenden, Flur 4, südlich der Burgstraße, nördlich der Robert-Koch-Straße und der Behringstraße;

- 1. Beratung und Beschluss über die während der Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 418 eingereichten Stellungnahmen;**
- 2. Satzungsbeschluss**

Beschlussvorschlag:

Der Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgende Beschlüsse zu fassen:

- Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, die während der Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Satz 2 und 3 BauGB der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 418 „Burgstraße“ abgegebenen Stellungnahmen nach eingehender Prüfung entsprechend den folgenden Erläuterungen zu den einzelnen Punkten in der Planung zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen.
- Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 418 „Burgstraße“ für den Bereich der Gemarkung Niedermenden, Flur 4, südlich der Burgstraße, nördlich der Robert-Koch-Straße und der Behringstraße aufgrund der §§ 7 und 41 der GO NRW sowie des § 10 BauGB als Satzung sowie die Begründung hierzu.

Die genauen Grenzen sind dem Geltungsbereichsplan vom 23.01.2013 zu entnehmen.

Rechtsgrundlagen in der zum Zeitpunkt des Beschlusses geltenden Fassung:

Gemeindeordnung (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I., S. 2414), Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV NRW S. 256).

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin hat in seiner Sitzung am 17.04.2013 die Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 418 „Burgstraße“ beschlossen. Die Auslegung fand in der Zeit vom 13.05.2013 bis 14.06.2013 (einschließlich) statt. Seitens der Öffentlichkeit wurden keine Anregungen zum Änderungsverfahren geäußert. Die Träger öffentlicher Belange wurden mit Mail bzw. mit Schreiben vom 08.05.2013 von der Auslegung benachrichtigt und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB um eine Stellungnahme zur Planung gebeten. Folgende Behörden haben sich während der Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr.: 418 „Burgstraße“ zur Planung geäußert:

1. Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis, Mail vom 10.05.2013
2. Stadtwerke Bonn, Mail vom 10.05.2013
3. Bezirksregierung Köln, Dezernat 33 (Flurbereinigung), Mail vom 13.05.2013
4. Bezirksregierung Köln, Dezernat 54 (Obere Wasserbehörde), Mail vom 14.05.2013
5. Landwirtschaftskammer NRW, Schreiben vom 10.05.2013
6. PLEdoc GmbH, Schreiben vom 14.05.2013
7. Thyssengas GmbH, Schreiben vom 14.05.2013
8. Westnetz GmbH, Schreiben vom 16.05.2013
9. Amprion GmbH, Schreiben vom 16.05.2013
10. DB Services Immobilien GmbH, Schreiben vom 21.05.2013
11. Wasserversorgungsgesellschaft mbH, Schreiben vom 24.05.2013
12. Landesbetrieb Straßenbau NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg, Mail vom 11.06.2013
13. Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 Bergbau u Energie, Schreiben vom 06.06.2013
14. Landesbetrieb Straßenbau NRW, Autobahnniederlassung Krefeld, Schreiben vom 12.06.2013
15. Bezirksregierung, Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD), Schreiben vom 17.05.2013
16. Rhein-Sieg-Kreis, Schreiben vom 21.05.2013

In den Schreiben 1 bis 14 werden keine Bedenken zur Planung geäußert.

15. Bezirksregierung, Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD), Schreiben vom 17.05.2013

Der KBD weist darauf hin, dass Luftbilder aus den Jahren 1939 – 1945 und andere historische Unterlagen keine Hinweise auf das Vorhandensein von Kampfmitteln liefern. Eine Garantie auf Kampfmittelfreiheit kann dennoch nicht gewährt werden. Sollten Kampfmittel gefunden werden, sind die Bauarbeiten sofort einzustellen und die zuständige Ordnungsbehörde oder eine Polizeidienststelle unverzüglich zu verständigen. Bei Erdarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen, Verbauarbeiten etc. wird eine Sicherheitsdetektion empfohlen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Ein entsprechender Hinweis wird der textlichen Änderung des Bebauungsplanes beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Der Hinweis wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung berücksichtigt.

16. Rhein-Sieg-Kreis, Schreiben vom 21.05.2013

Der Rhein-Sieg-Kreis weist darauf hin, dass sich das Plangebiet innerhalb der Wasserschutzzone IIIB des Wasserschutzgebietes Sankt Augustin – Meindorf befindet. Der Einbau

von Recyclingbaustoffen ist in dieser Wasserschutzzone – nach vorhergehender Wasserrechtlicher Erlaubnis – nur unter versiegelten Flächen zulässig. Das im Rahmen der Baureifmachung der Grundstücke anfallende bauschutthaltige oder organoleptisch auffällige Bodenmaterial ist ordnungsgemäß zu entsorgen. Die Entsorgungswege des abzufahrenden Bodenaushubs sind vor der Abfuhr dem Rhein-Sieg-Kreis, Sachgebiet „Gewerbliche Abfallwirtschaft“ anzuzeigen. Dazu ist die Entsorgungsanlage anzugeben oder die Wasserrechtliche Erlaubnis (Anzeige) der Einbaustelle vorzulegen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Ein entsprechender Hinweis hierzu wird der textlichen Änderung des Bebauungsplanes beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Der Hinweis wird entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung berücksichtigt.

Nach Abwägung aller Belange schlägt die Verwaltung vor, die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 418 „Burgstraße“ als Satzung zu beschließen sowie die Begründung hierzu.

In Vertretung

Rainer Gleß
Erster Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanziellen Auswirkungen / ist haushaltsneutral
 hat finanzielle Auswirkungen

Der Gesamtaufwand / Die Gesamtauszahlungen (bei Investitionen) beziffert/beziffern sich auf €

Mittel stehen hierfür im Teilergebnisplan / Teilfinanzplan zur Verfügung.

- Die Haushaltsermächtigung reicht nicht aus. Die Bewilligung von
 über- oder außerplanmäßigem Aufwand ist erforderlich.
 über- oder außerplanmäßigen Auszahlungen ist erforderlich (bei Investitionen).

Zur Finanzierung wurden bereits € veranschlagt; insgesamt sind € bereit zu stellen. Davon entfallen € auf das laufende Haushaltsjahr.